

Bezugss.-Preis
in der Hauptpoststelle oder deren Filialen abgezahlt: Mittwochabend A 8.—, bei gewöhnlicher täglicher Auflistung im Hand A 8.75. Durch die Post bezogen für Deutschland z. Ueberreich vorderjährlisch A 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreis.

Redaktion und Expedition:
Johannigasse 8.
Benzigerstrasse 153 und 222.

Filialredaktionen:
Werd. Seine, Sachsenburg, Universitätsstr. 5,
2. Etage, Katharinenstr. 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Waisenstraße 84.
Benzigerstrasse 1. Et. 1718.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Dauder, Herzl. Post. Hofbuchhandlung,
Alpenstraße 10.
Benzigerstrasse 1. Et. VI Nr. 4603

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 215.

Mittwoch den 29. April 1903.

97. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 29. April.

Aus dem Reichstag.

Wir „gemütlidien“ Säulen, über die nicht nur die Deutschen, sondern auch die Engländer gelegentlich spotteten, zu dichten gewünscht, haben in der genügenden Weise das Rechttag eine ganz eigenartige Verhandlung erwartet. Was zunächst nur um die von weitgründigen Zustimmungen eingestraute und von den beiden vaterländischen Parteien KPD und Verhandlungen verhinderte Interpellation wichen der vom Bundesrat erlaubten Prüfung vor, so trafen jetzt die Befürworter, die der erste der beiden gesetzlichen Vertreter als rechtswidrig, der zweite als ungerechtfertigt, unerträglich, die als Gewissensbisse führend, den Vorsitzenden und den Gemeinden neue Fäden aufwürfend und das Parlament — den besten Freihandelspartner! — unangemessen beschuldigend erscheinen zu lassen verstanden, so hätte der Staatssekretär Graf v. Voß jenen feierlich verpflichtet müssen, mindestens für die vorige Gesetzgebungserklärung für internationales Vieh einzutreten zu wollen. Aber der Staatssekretär, der die Interpellanten mit überlegtem Humor abweiste, brachte den Vertretern auch zum Bewusstsein, dass der Bundesrat bei der Befürwortung, die von dem Freihandelspartner einem in einem Schlagabtau durchzumachenden vierwöchigen Kursus verlangt, lediglich den Befürwortern gestellt ist, die bisher in Sachen „zu einer ausgesuchten Freihandelspartner lange vor der Reichstagsprächterin eingeholt“ waren, ohne jede Befürwortung und ohne jede Beleidigung der Bevölkerung bestanden hat. Und zu dieser Befürwortung für Sachen kam noch die weitere, dass nicht nur die Vertreter Interpellanten, hinter denen das gesamte Zentrum stand, sich durch den Konsens auf das soziale Recht nicht befähigt fühlten und trotz desseiner ihrer Schallkraft nach dünn und leicht wiederholten Ausdruck gaben, sondern dass auch aus anderen Parteiengremien — die äußerste Linie ausgeschlossen — solche Schmiede litten.

Umso beweisen, dass man in weiteren Kreisen des Reichs denn doch noch recht in für Einrichtungen, für die in Sachen längst Verständnis besteht und deren Unbenennlichkeit und Röten man hier im Interesse des Gemeinwohls ohne Mutter trug. Vielleicht wird auch der Bundesrat diesem Umstande Rechnung tragen und die Ansprüche an die Freihandelspartner unter das Blas berücksichtigen müssen, auf das nur Sachen sich zu erheben vermag. Nach Erledigung dieser Interpellation wurde die Wille der zweiten Sitzung der Runde zum Karrenkampf gegen fortgelegt, und zwar bei dem Ergänzungsparagraphen 42, der von den Plänen der Kabinettvorstände und den Bedingungen der Ausschussbehörde handelt. Zu ihm lagen verbleibende Anträge vor. Es wurde 4 Stunden lang geredet; aber das beschlussfähige Haus konnte die Debatte nicht beenden. Man musste wieder den Endtrud gewinnen, dass die Sozialdemokratie wirklich das Zustimmen der Vorstände verhindern wolle; eine fast unverhüllte Rede „Sie sindlogen“ war nichts als Obstruktion. Man würde es als Eröffnung betrachtet haben, wenn in den letzten

Nachmittagsstunde plötzlich der Reichskanzler erschien wäre, durch Verlesen einer kaiserlichen Ordre den Reichstag geschlossen und die ganze Verantwortung für das Schicksal der Arbeiter und Arbeitnehmer so große Wohlthaten bringenden Novelle den Sozialdemokraten aufgedrückt hätte. Aber einstweilen will sich der Reichstag weiter quälen. Heute kommt an erster Stelle die große Haupt- und Staatsanwaltschaft der Rechten, die Interpellation über die Kündigung der Handelsverträge, zur Verhandlung.

Die Kündigung der Handelsverträge,

über die der Reichstag sich heute auf Verlangen der konserватiven Fraktion unterhalten wird, ist eine Angelegenheit, in die das Haus gar nicht einzutreten dar. Es kann sich also für die Interpellanten lediglich um die Abrede handeln, ihren Wahlkreis zu beweisen, dass sie es an „euren“ Wohlslagen für die wahrscheinlichen Stellen nicht lassen und sogar lieber den Schlaf der Tageszeit verzögern, als auf eine Gelegenheit zur Wiederholung ihrer Wohlslagen warten. In sich ist die Sache ganz klar. Die seitdem Handelsverträge kommen von jeder Seite quer am 31. Dezember gekündigt werden und wären allmählich nach Ablauf eines Jahres, also frühestens am 31. Dezember des laufenden Jahres, in jeder Kraft getreten. Das ist bestimmt nicht geschehen. Nunmehr gilt die Schlussklausel der Handelsverträge, welche lautet:

„Im Falle seines der vertragsschließenden Teile zwölf Monate vor dem beginnenden Zeitpunkt (dem 31. Dezember 1903) seine Wohlslagen, die Wichtigkeit des Vertrages aufzuheben zu lassen, fundesten haben wird, steht derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragsschließenden Teile ihn kündigt haben wird.“

Dieser Satz ist trotz seiner unschönen Form ganz unverzweiglich. Er sagt nicht, wann die Kündigung der Handelsverträge zu erfolgen hat. Sie kann also nach dem 31. Dezember 1902 so gut wie morgen oder in einem Jahr oder in fünf Jahren. Sobald aber die Kündigung von einem Teile stattgefunden ist, gilt von diesem Tage an der bestreitende Vertrag nur noch ein Jahr. Wenn man also das deutsche Reich klärt den Vertrag mit Russland oder Österreich-Ungarn am 1. Mai d. J., so würde dieser gefährliche Vertrag am 1. Mai 1904 außer Kraft treten. So lange also Deutschland oder die anderen Staaten die bestreitenden Tarifverträge nicht kündigen, laufen sie stillschweigend fort. Außerdem, wenn einer der vertragsschließenden Teile die Kündigung anstrebt, so würde, wenn es zum Angreifstichtag des Vertrags (also ein Jahr nach erster Kündigung) neue Tarifverträge nicht zustande gekommen sein sollten, die autonome Tarif zur Anwendung kommen, der auch gegenwärtig gegenüber benachbarten Staaten Geltung hat, mit welchen keine Verträge abgeschlossen sind, also mit Portugal und Kanada. Nur würde zwischen der neuen Tarifart und der alten Tarifart, mit dem der neue Tarifart in Kraft trete, täuscherische Sprachlosigkeit vor, die mit Sanktionierung des Vertrags zu klassifizieren ist. Der Reichstag ist demnach trotzdem bei der Kündigung der Handelsverträge, als auch bei der Interpellation des neuen Tarifarts völlig ungeschützt. Bei der letzteren hat lediglich der Bundesrat seine Zustimmung zu erteilen, die Kündigung liegt ganz im Ermessen des Kaisers. Die

deutsche Regierung ist nun offenbar, wie der „Berl. Post-Nach“ mit Recht hervorhebt, enttäuscht, so lange die Kündigung besteht, dass die gegenwärtigen Tarifverträge durch neue ersetzt werden können, eine Künftige überhaupt nicht eintreten zu lassen. Sie will sich nicht bei Gesetz anstreben, dass es nicht gelingt, neue Tarifverträge oder zu deren Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags zu erlangen, und das so ein verhängnisvolles Datum eintritt, das einem Vollstrecker gegen alle Staaten verstoßen ähnlich sieht. Auf demselben Standpunkt scheinen auch die anderen Staaten zu stehen. Alle Teile scheinen überzeugt kommen zu sein, die Verträge nicht zu kündigen, sondern sie schikschwung so lange fortzuführen zu lassen, die an ihre Stelle neue Tarifverträge treten müssen. So stellt sich für jeden, der die einschlägigen Bekanntmachungen kennt und die allgemeinen Verhältnisse zu übersehen vermag, die Lage der Sache dar. Und an dieser Stelle kann keine Interpellation etwas ändern.

Zur Lage in Marokko

schreibt man uns aus Madrid, 28. April: Es liegen heute eine Menge von Meldungen aus Tangier, Ceuta und Melilla vor, welche nur das Eine erkennen lassen, dass die Macht und das Ansehen des Sultans für immer gebrochen sind. Der Gouverneur von Tangier, Sid. Torres, steht vollständig unter dem Einfluss einiger englischer und amerikanischer Banken, die ihm rätselweise Geld auf eine sehr fragwürdige Anleihe auszahlen lassen. Sid. Torres hat sich daher gegen eine Besoldung einer angeblich zuverlässigen Afrikatruppe von etwa 500 Mann beschwert, welche die Verbündung zwischen Tangier und den aufrechten und den amüslichen Vororten zwischen diesen Städten befreit. Man sagt, diese Truppe steht unter dem Befehl zweier Engländer. Die Lage in Marokko verschafft nun stellvertretend den Goldmünzen, die Sid. Torres dem Sultan überreicht, so wurde auch der bereits gereichte Befehl, die von Italienern geleitete Waffenfabrik in Tesu zu schließen und sämtliche Europäer aus der Hauptstadt ansatzweise, folglich wiederholen, sobald Torres eine neue Geldsendung und erneutige Zulassungen von seinen englischen Freunden übermitteln könnte. Nach glaubwürdigen Berichten ist tatsächlich die Geldsumme des Sultans der Ausgangspunkt der ganzen Sirene. Die Paläste der Provinzhauptstädte senden keine Steuern ein, und die Bewohner der Hauptstadt noch weiter auszuprobieren, hieß das Leben des Sultans gefährden. Der Kriegsminister Menchi hatte bei seinem letzten Befehl gegen Bu Hamara die üblichen gewalttätigen Steuerentziehungen vornehmen lassen; aber der Sultan rief ihn zurück, da er seinen Befehl in dies nicht eintheilen konnte. So finden gegenwärtig Friedliche Verhandlungen mit den einzelnen Pashas statt, um diese zu Steuerentziehungen für den Sultan zu bewegen. Nach Melnea und Marakesch waren an diesem Berichterstattungen einberufen; aber der Erfolg war gleich Null. Alle Pashas erklärten, dass sie ihnen unterstellte Stämme sofort den Gehornten vermögen und zu Bu Hamara übergeben würden, sobald sie Steuern zahlen sollten. — Ganz ähnlich lantzen die Meldungen aus Ceuta und Melilla über die Tätigkeit Bu Hamaras. Der selbe Verhaltenswandel ist fast ebenso unvermeidlich, wie der Sultan gegenwärtig hat, der sich in Selwan eine Hofsiedlung eingerichtet und läuft dorthin die Scheide der einzelnen Stämme ein, um mit ihnen als Staatsoberhaupt zu verhandeln. Natürlich klagen alle Stämme über die ihnen vom Sultan geschenkte Pashas, und Bu Hamara ist dann stets bereit, den Stammesältesten selbst die Würde des

Pashas zu verleihen und ihnen auf mehrere Jahre Steuerfreiheit auszusparen, sofern sie ihm nur jetzt eine kleine Gültigkeit zeigen. Bu Hamara geht dabei von der offenkundig richtigen Erkenntnis aus, dass er durch ein Versumgeln bei den einzelnen Stämmen nur jene Menschen schädigen und sich beläden würde. Denn er möchte keins mit künstlicher Heeresmacht erschrecken, und um dies zu verhindern, möchte er zu dem üblichen Mittel der Plunderung greifen. Stattdessen führt er ruhig in seiner „Heerburg“, und da er in Melilla „seinen Bastion“ hat und er die Einflüsse der neu errichteten Soldaten einträgt, so verfügt er jederzeit über eine volle Kette und kann die zu ihm kommenden Stammesältesten noch obenreira beobachten. Kriegerische Unternehmungen betrifft also Bu Hamara im Augenblick nicht; die im Misgebiet vorkommenden kleinen Schirmkügelchen, welche durch übertriebene Gerüchte fast zu großen Schlachten mutiger Abenteuerkümpchen, die heute unter Berufung auf Bu Hamara alles als erlaubt betrachten. — So ist ein Ende dieser Wirren überhaupt nicht abzusehen; wohl aber muss das marokkanische Reich auf diese Weise in sich zusammenfallen. — Uns wird noch gemeldet:

* Tangier, 28. April. Ein Transport in Serie von 300 Chinesen, welche von Rabat nach Tangier gebracht werden sollen, wurde zwischen Arzila und Tangier geräubt. In seiner Wiederholung wurden 150 Soldaten nach Arzila entsandt. Die Karawane, welche sich nach den begrenzen wollten, kehrte nach Tangier zurück, da die Straße zwischen Arzila und Tangier verperlt ist.

Die Mandchukuretrope.

Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet: Die telegraphischen Nachrichten über neue Bedingungen, die Russland für die Rückung der Mandchukuretrope gestellt haben soll, sind nicht als Erfüllung. In den Abschiffungslanden bejähigt Rückung der Mandchukuretrope sind keine Änderungen eingetreten. Der bevorstehende Meinungsaustausch mit der chinesischen Regierung kann nur auf Mittel Brüder betragen, die Ordnung und Ruhe nach dem Abmarsch der kaiserlichen Truppen aus diesem Gebiete zu sichern. (?) Russland hat durchaus nicht die Absicht, dem andern Handel Hindernisse in den Weg zu legen. Wie indes das „Reuter Bureau“ berichtet, seien die Verhandlungen mit Peking bereits zu einem schönen Ende gekommen. — Allerdings noch nicht bestätigt. Melanchon lautet:

* Peking, 28. April. China hat Russland eine Entlastung zu geben lassen, nach welcher die Annahme der Verhandlungen Russlands endgültig und dänlich abgeschlossen wird.

Sollte sich die Melanchon bewahrheit, dann müsste den Pekinger Diplomaten der Ratzen von anderer Seite gezeigt werden, dass sie die Anerkennung Russlands ablehnen, sollen sie, wie der Kaiser „Ji“ aus Peking erfahren haben will, schon gewusst haben, dass Russland, wenn man über zwei Haushalte, die mandschurischen Provinzen sich einfach eindringen lassen werde, das werde die Wirkung der Vorstellungen Javans und der übrigen Mönche sein. — Die Angelegenheit kam gestern auch in englischen Zeitungen zur Sprache, worüber und höchstens möglich zu drucken.

* London, 28. April. (Unterhaus.) Auf eine von Speer offizielle Anfrage betreffend die Mandchukuretrope, erwiderte der Minister des Kriegs, Lansdowne, die Regierung sollte die Angelegenheit ihre erste Aufmerksamkeit. Es befindet aber noch

Feuilleton.

Das Gold vom Widwatersrand.

Roman von G. Kind-Südersburg.

Vorstellung versetzt.

Frau Orieke von Soden, zu welcher Herr van Meenen wiederholt seine Schritte gelenkt, um ihr mit ihr über Dinge zu verhandeln, die nach dem Besuchwinden Wilm von Soden, einer verdoppelten Aufmerksamkeit bedurften, teilte ihm eines Tages mit, dass der Sekretär Stephan Mildler einen Fehler gemacht habe, um sich zu erläutern, ob sie über die geschilderten Angelegenheiten ihres Neffen hinreichend unterrichtet sei, um sie, seinen Absichten entsprechend, abzuwenden. Unter dem Vorwand, dass er befürchtete, dass die mutterliche Freundschaft eines Mannes, dem er nahe gekommen, eher ein leidliches Gefühl sei verhindert zu sehen, was dann von ihm der Verdacht gemacht worden, sie insbesondere über die Art zu befragen, in welcher die Transvaal-Regierung ihr eine schwierige Lage zu erleichtern gedenkt. Das Benehmen des Herrn war indes so eindringlich, dass Wilm von Soden, obwohl ihr seine Beleidigungen zu ihrem Neffen bekannt gewesen waren, und ihre Verhüllung möchte ihn von weiteren Verhören, sie mittlerend zu machen, haben Abstand nehmen lassen.

Diefer an und für sich nicht auslassende Vorgang hatte anfangs auch bei Herrn van Meenen keine Beachtung gefunden, als plötzlich sein Gesicht einen veränderten Ausdruck annahm. Einmal wie Erklärend zogte sich darin.

Stephan Mildler? Sekretär Stephan Mildler? Sagten Sie nicht so, quälend Frau? fragte er von Herrn von Soden herab.

Dann trat eine Pause ein, ehe Herr van Meenen sich jedes zweitlichen ihr und Mildler gemeinsame Wort wiederholen ließ. Sein Gesicht zeigte gewisse Erwartung im Ausdruck. Es war festzuhalten, dass ihm niemals eine solche Idee nur vorübergehend gekommen war, von welcher er jetzt vorhändig befreit wurde.

Niemand anders als Stephan Mildler hatte Verlust an der Regierung erlitten, niemand als er berichtete von allen Unternehmungen. Plötzlich und überraschend nach Kapstadt

und Kimberley, niemand als er leichte Gehilfe bei dem an Wilm von Soden verübten Verbrechen.

Herr war Ehem!

So überdrückt drängten sich die ihm befürchtenden Gedanken herzu, dass Herr van Meenen sich kaum noch im Stande zu halten, seine Aufmerksamkeit der Dame des Hauses zuwenden, und es vorzog, sich zu entscheiden, um was er ihr sagte — von einem neuen Geschäftspunkte aus, höchstens mit mehr Erfolg. Wilm in eine dunkle Anlegelungen zu drücken.

Im Kreis angelangt, atmete Herr van Meenen tief auf. Hier war wirklich Sicht; aber — auch östliche Vorstöße geboten, um nicht die Erfüllung eines wiedererwachten Hoffens zu zerstören. Den Sekretär Mildler seinem Herrn nicht allein, sondern auch der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu erhalten. Der Herr von Meenen verstand, dass er der Regierung verhüllt zu machen, würde ein schweres Unterfangen sein. Aber anfallsweise war der Herr von dem Oberstleiter des Reichstags, Stephan Mildler, bestrebt, die ihm eine neue Stellung verschafft zu

einer Sache über die wirklichen Tatsachen. Die Regierung sei bestimmt, diese Sache aufzuhören. Er hoffe, Spencer würde ihn nicht zur Abgabe von Informationen drängen. Die Angeklagten befürte mehrere Wände; es wäre bestellt nicht angezeigt, doch während noch ein Nachschlag von Ministranten passende, stand eine Erfahrung abzugeben würde. Er stießt nicht, daß er lange zu dem Schlußworte gewünscht habe, welches er gegenwärtig günstig ist, zu beschließen.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. April. (Aus der nationalliberalen Partei.) Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hatte sich gestern abend zu einem Abschiedsabend im Kaiserhof versammelt, um den zur großen Freude der Fraktionsglieder der eben aus Italien zurückgekehrte Senior der Partei, Dr. Hammacher, in bewundernswürdiger feierlicher und feierlicher Freude teil zu lassen. Die Fraktion des Abgeordnetenbundes war durch den Abgeordneten v. Czerny vertreten. Eine Ansprache des Fraktionsvorsitzenden Baffermann über die unvergänglichen steilen Rüste des Nationalliberalismus gab den Grundton der Stimmung dieser Abschiedsfeier, die neben dem Gefühl der politischen engsten Zusammengehörigkeit von Neuen befreite, wied' inniges Band persönlicher Freundschaft die gemeinsame politische Arbeit um die Mitglieder der Fraktion gesellten hat. — Den herzlichen Worten des Danck und der ungeteilten Anerkennung der Abg. Dr. Czerny und v. Czerny für Baffermann folgten noch wieder vergebliche Erklärungen des Abg. Hesse (aus Dr. Hammacher), des Abg. Dr. Seidler (aus v. Czerny), des Abg. Graf Dröhl, Münchhausen, Franzen, Dr. Denhard u. a. — Eine kleine Anzahl der Freunde des der Tafelrunde verlassenen Fraktionsmitglieders bat auf eine Rundbahn zum neuen Reichstage verzichtet — die anderen aber hoffen mit Simitop in nächster Session auf ihren alten Plätzen im Augengesicht des Reichstages weiter zu stehen.

A Berlin, 28. April. (Die Rolle des Herrn Dabach.) Als die "Nationalliberale Korrespondenz" vor einiger Zeit sagte, im Bundesrätenstande glänze man, die Entscheidung über die Frage der Aufhebung des § 2 des Rechtsgesetzes werde vor der Hand nicht zu erwarten sein, wurde dieser Ansatz von Fretern hohen und drücken zu widerstreiten versucht. Auch bis jetzt war die Entscheidung tatsächlich nicht herbeigeführt und sogar die "Östliche Volkszeitung" trug in den letzten Tagen eine Miete zur Schan, daß ob es ihr gar nicht möglich sei, wenn der Bundesrat nicht so schnell zu einem Beschlusse kommt, den sie selbst noch kurz vorher erwartet hätte. Dass aber den eigentlichen Grund für die Wendung in der Frage der Aufhebung des § 2 des Rechtsgesetzes eine Wendung, welche heute publici juris in ein Umstand bildet, der bisher noch viel zu wenig gewürdigt ist, verdient ein für allemal festgestellt zu werden. Herrn Dabach und der in seinem Range lebenden Trierer Gesellschaft sollte es nicht möglich sein, das wiederum ein neuer Schritt auf dem Wege des Friedens zwischen Staat und Kirche geben werde. Es möchte die Trierer Gesellschaft gerade in dem Momente rechtlich, der gerade am wenigsten dazu angemessen war, und da es ihm gelingt, aus dem verhältnismäßig armen Trierer Besitztäfelchen einen ganz anständigen Peterspfennig herauszubauen, so duldet man ihn am mächtigsten Stelle in Rom. Die Kosten des Verfahrens bezw. der Opposition des Herrn Dabach gegen die Zentrums-Politik hat in erster Linie natürlich das Zentrum zu bezahlen, das sich aber durch einen tüchtig entfachten Kulturskandal schadlos zu halten versuchen wird.

Kaiser Wilhelm landete nach dem "K. B. Volksantrag", dem König Christian von Dänemark ein berühmtes Handtschreiben mit einer Photoarbeiter, die ihn in der Uniform eines dänischen Admirals verstellte.

Das Gefolge des Kaisers auf der für morgen bevorstehenden Reise nach Südburg wird aus folgenden Herren bestehen: Oberstallmeister und Haushaltsherr Graf zu Eulenburg; Generaladjutant General der Infanterie v. Pichler; Generalauditor General der Infanterie v. Schöll; Hilfsadjutant Oberstleutnant v. Plaßkom; Leibarzt Oberstleutnant Dr. Alberg; Generaladjutant Generalleutnant Graf v. Hüttner-Döbler; Chef des Militärkabinets, Geh. Ober-Regierungsrat v. Balem; Vertreter des Chefs des Civilkabinets. Der Kaiser wird auf der anschließenden Reise nach Rom von denselben Herren begleitet sein, außerdem treten hinzu der Reichskanzler Graf v. Bulow, Geh. Regierungsrat Ahmet, Oberleutnant Graf zu Eulenburg; Generaladjutant Admiral Kreidels v. Senden-Wilhelm, Chef des Marinekabinetts; Oberstallmeister Graf v. Wedel; Generaladjutant Generalfeldmarschall Graf v. Waldersee; Oberleutnant v. Kieß vom Regiment der Gardes du Corps.

fallend zu dem Amtsschaf seines Kommandos im Gegenseitig sich befindet.

"Sie wissen, daß ich keinerlei Auskunft geben kann, sonst würde ich sicher nicht bis heute gewartet haben, damit vorauskommen", sagte er in verdecktem Tone, ohne seinen Beifall aufzufordern, sich niederzusagen. "Ich bin überzeugt, daß mein Sohn sich schon wieder einkennen wird, wenn es ihm geht und ich möchte mir doch die Freude erlauben, was Familiengeschichten eigentlich die Polizei angeht."

Herr von Meenen stand verschlossen, und ehe er noch eine Gegenüberstellung machen konnte, fuhr Bahrer von Senden, der allmählich ein Unbehagen, das ihm das Erstaunen des Sohn als einen außerordentlich gewiegten Kleinodien bekannten Herren vertraut, überwunden hatte, in derselben Weise fort:

"Es ist überhaupt eine Rücksichtlosigkeit sondergleichen, einen Dummkopf anstrengt an die große Glorie zu hängen und angelebte Familien so gründlich zu blamieren. Auch der Generaldirektor Brandt wird Ihnen die Geschichte schlecht Dant wissen. Herr von Meenen, und es macht beinahe den Eindruck, als ob mehr dahinter steht und gewisse Herren die Gelegenheit benutzen möchten, daß kleinen Begierden einen Sieg zu verleihen."

Bahrer von Senden, um mich besser, derartigen Neuerungen sich zu enthalten", hörte jetzt Herr von Meenen voll Wärde. "Als Johannisthal sind zwei Menschen spurlos verschwunden. Sie wollen wohl nicht die behördliche Verpflichtung in Abrede stellen, sollte Vortommnis zu unterstellen, besonders, wenn, wie hier, die Vermutung nahe liegt, daß es sich bei der Bekämpfung des Transvaal-Regierung bis zum Wiederauftauchen des Verlorenen einen Kurator bestellen, der ihn vertrete."

"Dann?" Bahrer von Senden, um mich besser, derartigen Neuerungen sich zu enthalten", hörte jetzt Herr von Meenen voll Wärde. "Als Johannisthal sind zwei Menschen spurlos verschwunden. Sie wollen wohl nicht die behördliche Verpflichtung in Abrede stellen, sollte Vortommnis zu unterstellen, besonders, wenn, wie hier, die Vermutung nahe liegt, daß es sich bei der Bekämpfung des Transvaal-Regierung bis zum Wiederauftauchen des Verlorenen einen Kurator bestellen, der ihn vertrete."

"Sie wollen den Aufenthaltsort beider?" Es war

— Die kaiserlichen Prinzen leben von Flores nach Rom zurück. Sie nehmen an dem Besuch im Palast teil.

— Am 30. April sind fünf Jahre seit Auflösung des Deutschen Flottenvereins verflossen. In den "Mitteilungen" des Vereins wird auf diesen Anlaß folgendes bewertet: Am 30. April lädt sich zum fünften Male der Tag, an dem im Jahre 1885 auf Auflösung des Vereins in Wien in Berlin eine Reihe angelebter und einstürzender Männer zusammen, um die im Volle fröhlicher regende Bewegung für die Schaffung einer unverwüstlichen und nationalen Interessen angemessene Kraftsmöglichkeit durch Gründung eines Verbundes zu organisieren, der sich die Aufgabe stellt, im Sinne des Kaiserlichen Wettbewerbs, ohne Parteipolitik zu treiben, das Verhältnis für die Konsolidierung und die Aufgaben einer solchen gebundenen Partei in die breiten Wahlen einzutragen. Wie sehr diese Wirkung einem tief empfundenen nationalen Gedanken entsprach, beweist die Tatsache, daß der Deutsche Flottenverein, der Ende 1885 nach achtmonatigen Bildungen über 14 000 Mitglieder verfügte, heute deren 630 000 zählt und sich noch immer in steigender numerischer Entwicklung befindet.

— Die auf den 12. Mai anberaumte Sitzung der Kriegsminister-Kommission wird sich mit dem Abwehr- und Wehrwesen beschäftigen.

— Graf Hompesch hält beim Abschiedsessen der Delegiertenkongressen des Reichs- und Landtags eine Rede, welche mit den Worten schloß: „Unser farbloses Volk, unsere Wähler, das klügste Institut des Reichs- und Landtags, sie leben doch!“ Diese Zusammenstellung ist namentlich reizvoll interessant, weil bekanntlich zahlreiche farblose Blätter in jüngerer Zeit mit großer Verachtung an Deutscherherrschaft wieder zur Bebauung verboten wurden, daß das Zeitalter keine konfessionelle Partei sei.

— Ein Bild des Herrn v. Miguel soll in dem Beratungsausschuß der Budget-Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses aufgehängt werden. Das Bild soll nach dem Professor Max Döder gemalten Porträt des verstorbenen Abgeordneten kopiert werden, und zwar in einem Schlußblatt mit der Aufschrift erneut werden.

— Der Handel mit amerikanischen Doktor-Diplomen und die "Institute" von E. A. Weil und Arch. Hugmann ist eine Deutlichkeit bestellt, die der Vereinigung Deutscher Bankäre brauchbar gezeigt hat. In seinem Auftrage habeß Balthasar Bischmann in Dresden und Steinberg D. S. in Nürnberg eine Menge amtlichen Materials gesammelt und mit diesem das Archiv vereinen, mit dem dann beiden Institute ihren Diplombandel verbilligen. Durch das Vorzeichen des Jahres-Bundes auf die Schädigung aufmerksam gemacht, das dem Publikum aus solchen Schwierigkeiten erwacht, hat der Reichskanzler sich von den deutschen Konsulaten Auskunft geben und eine Deutlichkeit ausdrücken lassen, die die amerikanischen Verhältnisse in der Tiefstufe klarlegt und konstatiert, daß nicht selten Collegae, die formal zur Erteilung des Doktorthabs. berechtigt sind, den Titel an Personen ohne Abschluss eines jahrgangsgleichen Studiums oder einer ordnungsgemäßen Prüfung, bestehen sogar in absentia, nach Bezahlung von hohen Gebühren wie eine Handelsmatrikel verlaufen, denn nach als Schwindelernebenungen anzusehen find und als "Doktorin" bezeichnet werden". Die beiden obengenannten Institute werden auch von dieser Deutlichkeit der Regierung den Schwindelernebenungen zugekehrt.

— Der Evangelische Bund hält hier gestern abend eine Volksversammlung gegen die Aufhebung des § 2 des Rechtsgesetzes veranstaltet, die sehr zahlreich besucht wurde. Nach Vorrichtung des Prof. Dr. Ahrens aus Marburg über "Das evangelische Deutschland und der Rechtsgesetz", und des Superintendenten A. D. Weisser über die "Abwehrrede des Schlesierengesetzes in Trierer Belehrung" wurde folgende Resolution angenommen:

„Gegenüber den bedauerten Besuchern verehrteßt Blätter mit fast ausschließlich evangelischen Lehrern, die Aufhebung des § 2 des Rechtsgesetzes als tödlich ungünstige Anschauung, gibt die Verantwortung von neuen der Überzeugung Kündigt, daß jede Abwendung des Heiles, jenseit an sich, wie im Hinblick auf die eigentliche Konfessionskunde dies verhindern würde. Zugleich protestiert sie gegen die Unterstellung, ob sie die Katholiken-Gemeinde zur katholischen Mode berufe, und spricht vielmehr die Erweiterung aus, daß die Weitheit des Christentums nicht in überländisch zu zieht. Keiner und allgemeine Bewegung des deutsch-österreichischen Sozialen legt sich nicht für an alle deutsch und österreichisch führenden Weltgeschehen die dringende Hilfe, ihrer praktischen Überzeugung bei den bestehenden Reichstagssitzungen zu erhalten und nur solche Manner zu wählen, die entschlossen sind, nichtsdestotrotz für die Erhaltung des Reichs und des Kaiserhauses wohlauf nationales Grundlagen aufzurichten.

— Die Delegiertenversammlung des Beamtenverbands der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands findet

in diesem Jahre am 4. und 5. Juni in Berlin statt. Borchardt wird noch den geschäftlichen Sachen unter anderem über die sozialen Leistungen in den Johanniterischen Säthen, über die Rentenversicherung in ihrer Bedeutung für die Arbeiterjugend, über den Stand der Fortschritte der Bauarbeiter und den Stand des Bauarbeiter. Am 4. öffnete 7%, die haben eine große Versammlung.

— Das dreiges. Blatt brachte vor Kurzem unter der Überschrift „Kinder auf Reisen“ die Mitteilung, daß der Österreichische Eisenbahnamtler vor gestern für eine Verhinderung vom Staat einzurechnen und möglicherweise erlassen hätte, nach welcher jungen Männern möglichst in Frauenkleidern erscheinen dürften, wenn diese begegnen, in welchen kleinen Ortschaften sie anwohnen würden. Das Blatt hält hier die Forderung, daß diese Verhinderung nicht nur inhaltlich, sondern sogar moralisch bestellt.

— Dem verstorbenen Botschafter v. Kewell widmet der Reichstag einen Nachruf, dessen Schluss lautet:

Der Dabingerherr, der die große Zeit der nationalen Wiedergründung mit durchlebt und an die längste Rasse nahm, hat sich in allen von ihm wahrgenommenen Ressorts verdient erwiesen, die unerlässlichen Kleider werden. Mit einer vornehmen Schildheit des Weins verband er Tatkraft und reiche Gaben des Geistes und des Gemüts, von denen jeder Gottselig hatte, der diebstlich über anstrenglich mit ihm in Beziehung kam.

— Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, leider vor einem Monat, dessen Todkranke war, in seinem Dienstkreis eine Auszeichnung der Deutschen Gesellschaft für die Wiedergründung der deutschen Arbeiterschaft für die Arbeitsbeschaffung eine Verhinderung gezeigt hat, die ihm mit der Zeitungsredaktion eine Entlastung verschafft hat. Zum zweiten der gegenwärtigen Botschaft ist in ein Schiedsgericht zu erheben, bestehend aus einer gleich starken Kommission von Konservativen und Liberalen. Beide Seiten sollen eine Zentral-Kommission zu bilden, die unter Beobachtung der verschiedenen gegenwärtigen Ansprüche die Ausgestaltung und Sanktion der Kassenvereinigungen herzustellen habe.

— Die Konsulat-Kommission sollte eine Schiedsgericht zu errichten, bestehend aus einer gleich starken Kommission von Konservativen und Liberalen.

— Das vorangegangene Jahr im Ministerium der österreichischen Arbeiten, Geh. Oberregierungsrat von Neumann und Geh. Oberbaudirektor von Eulenburg sind preußischen Eisenbahnministerschefs in München am Hannover ernannt worden. Der erjte ist Baurat der Regierung in Krakau.

— Der Generalsuperintendent Generaloberst der kavallerie Reiters v. Dörr und von Voigt eingestellt.

— Im Saalbau ist am 27. April eine Ortsgruppe des Bundes der Kaufleute begründet worden.

— Der Präsident des Dr. Max Goldschmidt ist zum volksschulischen Sekretär des Melkendorf-Kollegiums der Berliner Universität ernannt worden.

— Geestemünde, 28. April. Die früheren Wähler des Abgeordneten Dr. Hahn machen in dieses Wahlkreis entschieden Front gegen eine Wiederwahl dieses Kandidaten, dessen unbedeckte Tätilität in einer großen Anzahl von Wahlkreisen die größte Bewirrung angerichtet und ein Zusammensetzen der nationalen gerichteten Elemente verhindert. Ein schwieriges Urteil fällt die Gemeindes-Präsidial-Justiz über Dr. Hahn; sie fordert u. a. "Ein Mann der seine politische Laufbahn damit beginnen darf, der Wählerchaft zu Zufriedenheit zu gestalten, der er politisch und wirtschaftlich im national-liberalen Sinne wusste werden, und dann nichts Bildenes in den Ressorten der sozialen und des agrar-konservativen Elementen zu überlassen".

— Aus Tirol, 28. April, wird gemeldet: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Tirol, 28. April, wird gemeldet: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Der Präsident des Dr. Max Goldschmidt ist zum volksschulischen Sekretär des Melkendorf-Kollegiums der Berliner Universität ernannt worden.

— Geestemünde, 28. April. Die früheren Wähler des Abgeordneten Dr. Hahn machen in dieses Wahlkreis entschieden Front gegen eine Wiederwahl dieses Kandidaten, dessen unbedeckte Tätilität in einer großen Anzahl von Wahlkreisen die größte Bewirrung angerichtet und ein Zusammensetzen der nationalen gerichteten Elemente verhindert. Ein schwieriges Urteil fällt die Gemeindes-Präsidial-Justiz über Dr. Hahn; sie fordert u. a. "Ein Mann der seine politische Laufbahn damit beginnen darf, der Wählerchaft zu Zufriedenheit zu gestalten, der er politisch und wirtschaftlich im national-liberalen Sinne wusste werden, und dann nichts Bildenes in den Ressorten der sozialen und des agrar-konservativen Elementen zu überlassen".

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19 000.

— Aus Wiesbaden wird gesagt: Als Verfasser der Aufschriften erregenden Artikel der "Frankfurter Zeitung" wurde der Berliner Oberstaatssekretär des Kaplan Dabach, der 23jährige und später Finanzminister Dr. von Miguel aus dem bisherigen Kreislauf nach dem Entwurf des Reichsverfassungsgesetzes bestellt und bewilligt zu dem Stand 19

Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger Nr. 215, Mittwoch, 29. April 1903. (Abend-Ausgabe.)

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 29. April. Über einen Fehler im neuen preußischen Lotterieplan halten sich Berliner Blätter auf. Im § des umgestalteten Spielplanes, der da besagt, die Vorzüglichkeit der Königlichen Lotterie darzutun, heißt es nämlich: „In der 5. Klasse wird für diejenigen Nummer, auf welche am letztenziehungstage auslosen, sofern an demselben eine Nachmittagsziehung stattfindet, in dieser der zweit gezogene Gewinn von tausend Mark und darüber soll, als Zusatz zu dem Gewinne eine Prämie von 300 000 L. gewährt.“ Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß die dieser Fassung des betreffenden Paragraphen möglicherweise die Prämie überhaupt nicht zur Auszahlung gelangt, nämlich im Falle, wenn am letzten ziehungstage kein Gewinn von 1000 L. und darüber mehr im Glücksspiel vorhanden ist. Dieser Fall ist sehr gut möglich, denn auf 10 Gewinne kommt nur ein Gewinn von 1000 L. und darüber. In dieser Fassung sind nur die Spieler im Königlichen Lotterie unbedingt besser davor, denn ihnen kann in keinem Falle die Prämie entgangen. § 8 des Lotterieplanes besagt nämlich: „Als Zusatz zu dem Gewinn in der 5. Klasse für das Los, auf das am letzten ziehungstage der höchste Gewinn gefallen ist, wird eine Prämie von 300 000 L. gewährt.“ Dafern am letzten ziehungstage der 5. Klasse noch mehrere gleichhohe (die anderen überstiegende) Gewinne austreten, erhält der von diesen zugleich gezogene Gewinn die Prämie von 300 000 L.“ Der Fazit auf die Prämie spekuliert, spielt also lieber in Sachen.

* Fürst v. Hohenlohe-Langenburg, Statthalter des Reichslandes, passierte gestern abend auf der Rückreise nach Straßburg, von Dresden kommend, durch unsere Stadt.

* Leipzig, 29. April. Herrn Dr. phil. Felix Krueger wurde heute vor der philosophischen Fakultät unserer Universität die venia legendi für Philosophie erlaubt. Nach der neuen Universitätssatzung unserer Universität sind die Collegiengelber bestrebt, vier Wochen nach Beginn des Semesters zu entscheiden, anstatt, wie bisher, sechs Wochen. Ferner haben die Studenten, die bis 15. Juni keine Vorlesungen besucht haben, an gewünscht, daß sie von den Vilen der Universität gestrichen werden und damit das akademische Bürgerrecht verlustig gehen.

* Leipzig, 29. April. Die Vorschläge über den Ertrag eines Briefes, betreffend das Verfahren von Straßen und Waldwegen mit Motorfahrzeugen, sind vom Rate genehmigt worden. — Die Stadtvorordneten hatten den Verkauf der Bautelle VIII an der Schwanenstraße und dem Schleiferweg und die Teilung der Bauliste in zwei Blöcke abgelehnt, sowie beantragt, die Blöcke IV und VIII in drei Baukästen einzuteilen. Der Rat beschloß hierzu, den Antrag dem Dienstbeamten und der Deputation für Bebauung und Parzellierungspläne vorzulegen.

* Rödern Sonntag wird der abends 11 Uhr 15 Minuten vom heutigen Dresdner Bahnhofe nach Liebertwolkwitz abgehende Postzug bis nach Geithain ausgebaut. Die Weiterfahrt von Liebertwolkwitz erfolgt abends 11 Uhr 45 Minuten, die Ankunft in Geithain nachts 12 Uhr 20 Minuten, in Geithain 12 Uhr 45 Minuten.

* Leipzig, 29. April. Gestern abend fand im Turnhaus der Turngemeinde Leipzig, Dorotheenkroze Nr. 6, die Prüfung der neu im Sanitätsdienst ausgebildeten Mannschaften statt. Dem einen militärischen Charakter tragenden Altwaffen mit den zu prüfenden 45 Mann und den früher ausgebildeten Sanitätsmannschaften bei den Herren Generalleutnant Dr. v. Gelsau, Landesdelegierter für freiwillige Krankenpflege im Königreich Sachsen; Oberregierungsrat v. Criegern als Vertreter des Landesvereins vom Roten Kreuz im Königreich Sachsen; Geh. Regierungsrat Dr. Grüninger, Vorvorsitzender des Vereins vom Roten Kreuz in Sachsen; Generalsarzt Dr. Wuyts-Wohr; Oberstabsarzt Dr. Schmidt, sowie zahlreiche Freunde und Förderer der humanitären Sache. Die Prüfung erfolgte zunächst im praktischen Dienst durch den im Leipziger Sanitätskonservatorium Herrn Kolonnenführer Tröder. Nach erfolgter Aufstellung der Mannschaften und nachdem die Fragen in Empfang genommen worden waren, wurde zunächst Gebürgschrift gegeben, dann erfolgte das Ausuchen von Verletzten, die durch Soldaten vom 107. Infanterieregiment markiert wurden, und das Transportieren der Verwundeten auf ebener Erde und über Hindernisse, schließlich die Rückfahrt zur ersten Aufstellung. Die Übungen gelangten ganz vorzüglich, ebenso leute die Prüfung in den notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten durch Herrn Kolonnenführer Dr. v. Criegern beweisen davon ab, daß die Mannschaften mit Fleiß und Eifer gelernt hatten, sich die Kenntnisse anzueignen, die für Sanitätsmannschaften unerlässlich sind. Einleitend wurden die Mannschaften über den Bau des menschlichen Körpers besprochen, dann hatten sie die Grundlage zu erläutern, die für die erste Hilfe an Verletzten maßgebend sind. Auch die Durchsicht der angelegten Verbände wurde mit großer Gewissenhaftigkeit vorgenommen, worauf verschiedene praktische Vorführungen (künstliche Atmung, Grundzüge des Transports auf Rollbahnen) die auch für den Patienten interessante Prüfung beinhalteten. — Am Anfang hieran dankte Herr Generalleutnant v. Gelsau zunächst denen, die die Ausbildung bereiteten, gleichwie er den Mannschaften seine Anerkennung für ihre bestenswertes Leistungen zollte. Die Mannschaften mieden sich bewußt sein, daß ihre Dienste im Kriege, vor dem uns der Himmel bewahren möge, dem Vaterland gelten und ihm zu Gute kommen. Am Namen des Vereins vom Roten Kreuz in Leipzig dankte dessen Vorstand, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Grüninger, dem Herren Vorredner für die anerkennenden Worte, ebenso Herrn Kolonnenführer Tröder für seine Bezeichnungen. Der Redner schloß mit einem von der Versammlung freudig erwiderten Hoch auf König Georg. — Gernan begab sich die Mannschaften nach dem Pflegerhof und blieben dort bis einem Kommando noch für einige Zeit frisch-gelöst vereint.

* Leipzig, 29. April. Der Bezirksverein der Säuberstadt hatte in einer an den Rat gerichteten Eintritt, daß das doppelte Vorkommen von Straßennamen (in Altdorf und in den angrenzenden Vororten) wünschlich bald beseitigt werden möge. Dem Rat ist darauf erwidert worden, daß eine sofortige Abänderung der in Betracht kommenden Straßennamen sowohl bei dem Polizeiamt (Reichspolizei), als auch bei der Polizeibehörde zu machen schwierigkeiten führen würden. Bei jedoch geschlossen worden, die Straßennamen in jedem Jahre je seines vorzunehmen, daß ihre Aufnahme im neuen Adressbuch noch möglich ist, die Berichtigungen daher unverzüglich in den Monaten September bis November erfolgen zu lassen, wobei mit den Umständen nach einem bestimmten, vom Dienstbeamte aufstellenden Platz vorsorgen werden soll. Wenn übrigens, wie das Dienstbeamte dem Rat vor einiger Zeit vorschlagen hatte, alljährlich 10 Gruppen von Doppelnamen, deren es im ganzen gegen 70 gibt, beseitigt würden, so würde nach ungefähr 7 Jahren mit den Doppelnamen ganz außer Acht sein. In Höhle besonders dringlicher Art sollen indessen auch einzelne Gefüße auf Straßennanzen ihre Erledigung finden.

— Wie ein hohes Geheimnis liegt es über dem in jüngerer Blütezeit gewachsenen Wald, und einer sagt es dem Anderen, daß die Räuchergassen wieder schlagen. Schon in den letzten Tagen sind sie angekommen, und wir eilen hinzu, ihr „dörfliches Ged“ zu hören. Aber weiß, wenn der König Rat seinen Eingang gehalten, wenn er die Blütenknospen gesprengt hat und uns mit seinem Dukt umflost, erst dann kommt das Räuchergesetz, das selenvolle, unverbaute, zu seiner ganzen, vollen Geltung.

* Leipzig, 29. April. Für die Schulen zu Auerstädt und Schleife, die im Jahre 1905 hier abgehalten wird, machen sich umfangreiche Vorbereitungen wichtig; es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Auf ergangene Einladung des Herrn C. Scheuer-Plogwitz verhandelten sich in der vergangenen Woche die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.)

Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen die Hälften aller in Leipzig ansässigen selbständigen Konditoren und Süßwarenhersteller zusammen, ob es wird bestellt, wie verlautet, schon in kurzer Zeit ein Komitee aufzustellen, das die vorbereitenden Arbeiten ausführen wird.

— Leipzig, 29. April. (Arbeiterbewegung.) Eine gesetzliche Verordnung der Steinmeyer-Fabrik verlangte, daß in den vergangenen Wochen

